

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

Zustimmung zum Kantonsbeitrag an die Prämienverbilligung 2017

Solothurn, 17. November 2016 – Der Kanton Solothurn soll sich nächstes Jahr mit rund 66,6 Millionen Franken an der Prämienverbilligung beteiligen. Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat dem Vorschlag des Regierungsrates zugestimmt. Zusammen mit dem Bundesbeitrag steht somit eine Prämienverbilligungssumme von insgesamt rund 150 Millionen Franken zur Verfügung.

Die SOGEKO stimmte der Prämienverbilligung mit zwei Gegenstimmen zu. Die rund 150 Millionen Franken Prämienverbilligung setzen sich zusammen aus dem Bundesbeitrag von rund 83,3 Millionen Franken und dem Kantonsbeitrag von rund 66,6 Millionen Franken bei einem Beitragsschlüssel von 80%.

Zur Deckung der Verlustscheine aus dem Jahr 2016, die 2017 zur Auszahlung gelangen, können keine Rückstellungen mehr verwendet werden. Dieser Aufwand hat kontinuierlich zugenommen. Die Ausgaben pro Jahr liegen mittlerweile bei über 9 Millionen Franken. Für das Jahr 2017 sind 10 Millionen Franken zurückzustellen. Dieser hohe Betrag schmälert die verfügbaren Mittel für die ordentliche Prämienverbilligung. Unter Abzug der Ausgaben in den Bereichen Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe können für die ordentliche Prämienverbilligung lediglich rund 45 Millionen Franken bereitgestellt werden, das sind ca. 5 Millionen Franken weniger als im aktuellen Jahr. Deshalb können nur die wirtschaftlich sehr schwachen Haushalte berücksichtigt werden.

Erhöhung der Feuerwehersatzabgabe abgelehnt

Ein fraktionsübergreifenden Auftrag verlangt die Erhöhung der gesetzlichen Rahmenbandbreite der Feuerwehersatzabgabe: Das heutige Minimum von 20.- Franken soll auf 100 Franken und das Maximum von 400.- Franken auf 800 Franken erhöht werden. Die Sozial- und Gesundheitskommission lehnte diesen Auftrag mit einer Gegenstimme ab. Sie war auch mit dem Antrag des Regierungsrats, der mit abgeändertem Wortlaut eine weniger grosse Rahmenbandbreite von neu mindestens 30 Franken bis maximal 500 Franken verlangt, nicht einverstanden und erklärte den Auftrag als nicht erheblich.

Transparente Rechnungslegung bei Leistungserbringern im Asylwesen

Der Auftrag Felix Lang (Grüne, Lostorf) fordert den Regierungsrat auf, Richtlinien zu erlassen für die Rechnungslegung von Firmen, die für den Kanton Leistungen im Asylwesen erbringen. Was für Leistungserbringer im Behindertenbereich gilt, soll auch im Bereich Asylwesen Standard werden. Der Regierungsrat erklärt den Auftrag erheblich mit verändertem Wortlaut: Organisationen, die im Bereich der sozialen Sicherheit einen jährlichen Umsatz von mindestens fünf Millionen Franken aufweisen und die für den Kanton Leistungen in der Höhe von einer Million Franken oder mehr erbringen, sollen ihre Rechnungslegung nach dem anerkannten Standard Swiss GAP FER oder einem ähnlich transparenten System durchführen.

Die Mitglieder der SOGEKO folgten einstimmig dem Antrag des Regierungsrats und erklärten den Vorstoss mit verändertem Wortlaut erheblich.